

Lebenslanges Trostpflaster

Erwiderung auf „Erziehung heißt Konflikt“, Leserforum vom 21. Oktober

Es gibt mehrere Punkte im Leserschreiben des Walter Desoi, dem ich widersprechen will. Der erste wäre die Diskriminierung Jugendlicher, denen aufgrund begangener Straftaten die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird. Das sollte jedoch umgekehrt gelten, als Jugendliche aus Heimen gegen Ende der 1960er Jahre die dortigen Zustände schilderten und ihnen mehrheitlich nicht geglaubt wurde. Später aber wurden Fonds eingerichtet, um den Betroffenen und lebenslang Geschädigten ein Trostpflaster zukommen zu lassen.

Zweitens geht es um die geschilderten Maßnahmen. Diese erinnern doch stark an die „schwarze Pädagogik“, die bis Anfang der 1970er Jahre den Alltag in Kinder- und Jugendheimen bestimmte und vereinzelt immer noch angewandt wird. Damit sollte eigentlich seit dem Gutachten von Professor Denninger (früher am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt) Schluss sein, in welchem die Verfassungsbrüche und -widrigkeiten in der öffentlichen Erziehung dargestellt wurden.

In diesem Zusammenhang sei auf Artikel 1, Absatz 1 (Unverletzlichkeit der Menschenwürde) und Artikel 2 Absatz 2 (Recht auf körperliche Unversehrtheit) hingewiesen.

Als jemand, der mehr als zehn Jahre in Heimen war und bis weit in die Erwachsenenzeit mit Lügen und Verdrehungen sowohl durch die Eltern, als auch mit denen der Heime und der Jugendämter leben musste, weiß ich, dass eher den Jugendlichen als den Erwachsenen Glauben geschenkt werden sollte. Paul R. Woods, Neumagen-Dhron

Alle Leserbriefe finden Sie auch online über frblog.de/lf-20191021

Das Hirn einschalten

Zu: „Die Waffen nieder“, FR-Panorama vom 18. Oktober

Johannes Volkmann (*1968), freischaffender Künstler aus Nürnberg, hatte die zündende Idee, aus „Plastik-Waffen-Schrott“ eine „(Kunst-) Plastik“ zu kreieren, die „Skulptur des Friedens“, die jetzt im Hof der Kongresshalle in Nürnberg steht. Grundschüler legten dazu ihre ausgemusterten Plastikwaffen nieder, um dann selbst an dieser „Friedens-Plastik“ mitzubauen. Vielleicht auch angeregt durch den Kunstprofessor Olaf Menzel (*1952), der im Jahre 2006 eine Menge von ausgemusterten Stadiensitzen auf dem Nürnberger Hauptmarkt türmte und das Ganze „Auf Wiedersehen“ nannte. Vielleicht aber auch ein deutliches Zeichen, um beim Kauf von Kinderspielzeug auch mal wieder das Hirn einzuschalten!
Klaus P. Jaworek, Büchenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.

Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Autoritäre Populisten gegen Gender: Trump, Bolsonaro und die AfD“. Darüber sprechen Dinah Leschzyk, Dorothee de Nève, Greta Olson (alle von der Uni Gießen) und der Journalist Peter Weißenburger.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.15 Uhr
Aula der Uni Gießen, Ludwigstraße 23, Gießen

Nadja Erb moderiert die Lesung von Karen Köhler im Literaturhaus Frankfurt. Köhler stellt ihren ersten Roman „Miroloi“ vor, der es auf die Longlist des Deutschen Buchpreises geschafft hat.

Montag, 28. Oktober, 19.30 Uhr
Literaturhaus, Schöne Aussicht 2, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Wohin entwickelt sich Deutschland?“ Darüber und über die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen reden die Linken-Bundestagsabgeordnete Martina Renner, der Grünen-Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin und der Wahlforscher Matthias Jung.

Donnerstag, 31. Oktober, 19 Uhr,
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Pitt von Bebenburg hält die Eröffnungsrede zur Ausstellung „Wahrheitskämpfer. Portraits ermordeter und verfolgter Journalisten“.

Sonntag, 3. November, 18 Uhr.
Denkbar, Spohrstr. 46a, Frankfurt

Privilegien für die globalen Herrscher

Achtung von Menschenrechten: „Die EU hält sich raus“, FR-Wirtschaft vom 16. Oktober

Die Bundesrepublik agiert verlogen

Ich frage mich, durch welche Handlungen die BRD glaubhaft machen will, dass sie für die Einhaltung sozialer Standards und ökologischer Belange in Betrieben, die für sie produzieren, etwas tut, wenn ein Investitionsgerichtshof das Klagerecht dagegen bekommt? Und wie glaubwürdig ist unsere Entwicklungspolitik, wenn wir uns nicht dazu entschließen können, dem „Binding Treaty“ beizutreten, das dafür sorgen soll, was selbstverständlich sein sollte: auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten und Umwelterstörungen zu vermeiden. Für mich zeigt sich die BRD auf beiden Gebieten als verlogen. Sabine Groß, Meinhard

Bei Menschenrechten ist die EU zurückhaltend

Wir alle erinnern uns an die Katastrophe in Bangladesch, als 2013 die Textilfabrik einstürzte und 1135 Tote und 2438 Verletzte zu beklagen waren. Dieses hausgemachte Unglück zeigte die ganze Misere der Produktion in Billiglohnländern auf. Wir wollen möglichst billig einkaufen und drücken die Preise in den Produktionsländern ins Bodenlose. Das führt dazu, dass Löhne, Arbeitsbedingungen und Umweltstandards niedrig sind. Die Arbeitsbedingungen, nicht nur in der Textilindustrie, sind oft so miserabel, dass sie den fundamentalen Menschenrechten widersprechen. Dieses Problem ist allseits bekannt, und die UN will ein völkerrechtliches Abkommen („Binding Treaty“) ins Leben rufen, das die Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet. In Genf fanden Verhandlungen mit Vertretern von rund 100 Regierungen statt. Es geht darum, verbindliche Regeln zu schaffen, die für alle Beteiligten, vom Rohstoffabbau (z.B. Baumwolle) bzw. dem Rohstoffabbau (z.B. Kobalt) bis zum Verkauf des fertigen Produkts, gelten.

Die Auftraggeber, meist kapitalkräftige, mächtige Konzerne, sollen mit in die Verantwortung genommen werden, wenn gegen die hier definierten Regeln verstoßen wird. Im o.g. Beispiel mit Bangladesch müssten die Auftraggeber, wie z.B. KiK, einen Teil der Verantwortung für das Unglück übernehmen und auch Schadensersatz leisten.

Die Auftraggeber, meist kapitalkräftige, mächtige Konzerne, sollen mit in die Verantwortung genommen werden, wenn gegen die hier definierten Regeln verstoßen wird. Im o.g. Beispiel mit Bangladesch müssten die Auftraggeber, wie z.B. KiK, einen Teil der Verantwortung für das Unglück übernehmen und auch Schadensersatz leisten.

Die Auftraggeber, meist kapitalkräftige, mächtige Konzerne, sollen mit in die Verantwortung genommen werden, wenn gegen die hier definierten Regeln verstoßen wird. Im o.g. Beispiel mit Bangladesch müssten die Auftraggeber, wie z.B. KiK, einen Teil der Verantwortung für das Unglück übernehmen und auch Schadensersatz leisten.

Hessen könnte ein gutes Beispiel geben

Zum Gastbeitrag „Mehr Wildnis wagen“, FR-Meinung vom 4. Oktober

Die Forderung der grünen Fraktionssprecherin für Umwelt, Bettina Hoffmann, den Wildnis-Anteil in den Wäldern zu erhöhen, ist durchweg zu begrüßen und voll zu unterstützen. Allerdings ist zu fragen, warum die Grünen auf Länderebene, dort wo sie Regierungsverantwortung tragen, diese Forderung nicht schon längst umgesetzt haben. Wo bleibt zum Beispiel die

In unserem globalen Handelssystem mit so ungleich starken Partnern sollte das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider sieht das unsere Regierung und die EU ganz anders. Weder Deutschland noch die EU nehmen an den Beratungen in Genf teil. Mit dem Argument, dass auch andere Industrienationen sich nicht beteiligen, setzt die Bundesregierung lieber weiter auf freiwillige Aktionen wie den „Grünen Knopf“ der Textilwirtschaft. Wenn es um Menschenrechte geht, ist die EU sehr zurückhaltend, wenn nicht gar abweisend. Ganz anders, wenn es um die Interessen der Konzerne geht. Hier verhandelt man in Wien praktisch zeitgleich über einen multilateralen Investitionsgerichtshof. Wir erinnern uns an TTIP mit Investitionsschutz und den Schiedsgerichten? Vor dem geplanten Gerichtshof können die Konzerne gegen Staaten klagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen z.B. durch eine soziale oder ökologische Regulierung bedroht sehen. Und nun wird das Dilemma deutlich.

Einerseits können die Unternehmen durch Binding Treaty bei Menschenrechtsverletzungen in die Verantwortung genommen werden. Andererseits erhalten sie die Möglichkeit, den Staat auf Schadensersatz zu verklagen, wenn er soziale Regelungen zur Sicherung der Menschenrechte einführt und damit die Gewinnerwartung der Konzerne schmälert. Auf was die EU in diesem Zusammenhang mehr Wert legt, ist offensichtlich.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Missachtung von Rechten ist ein Kostensenker

Wie schon vor Jahresfrist arbeitet Tobias Schwab angesichts der laufenden Genfer UN-Verhandlungsrunde deutlich heraus, welche unwürdige Rolle die deutsche Regierung und die EU in den Beratungen über ein verbindliches Abkommen zur Respektierung der Menschenrechte durch Unternehmen spielen. Zu ergänzen wäre, dass „unsere“ Position in dieser Frage derjenigen Trumps ähnelt, nicht aber der menschenrechtsfreundlicheren Haltung der Regierungen Frankreichs, Schwedens und einiger anderer EU-Mitglieder.

Das sozialdemokratisch geführte Auswärtige Amt gehorcht offensichtlich dem imperativen Mandat der Konzernwirtschaft.

In deren Kommandozentralen hat sich, wie es scheint und wovon viele zivilgesellschaftliche Organisationen ausgehen, die Interpretation durchgesetzt: Eine durchgängige Beachtung der Menschenrechte auf allen Ebenen der globalen Produktions- und Lieferketten mindert die Unternehmensrendite und ist unbedingt zu verhindern, auch wenn der vorliegende Vertragsentwurf in wichtigen Punkten eher einem Gebiss aus wackligen und kariösen Zähnen gleicht als einem Instrumentarium mit garantierter Durchsetzungskraft. Menschenrechtsmissachtung ist ein Kostensenker.

Der von den Unionsparteien und der SPD vereinbarte Koalitionsvertrag verheißt, man wolle die „Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie des Europarates konsequent stärken“ und „darüber hinaus die menschenrechtliche Kohärenz zwischen den einzelnen Politikfeldern verbessern“. Allgemeine Zusicherungen wie diese hatten die SPD-Mitglieder vor knapp zwei Jahren mehrheitlich dazu gebracht, das Risiko einer erneuten großen Koalition einzugehen. Jetzt zeigt sich in diesem Fall wie in anderen, was derartige wohlklingende Zusicherungen wert sind. Im Konfliktfall setzt sich der Wille der vor allem Kapitalinteressen verpflichteten CDU/CSU durch; der SPD-Außenminister wagt nicht einmal in einer für SPD-Grundsätze so wichtigen Frage wie der des umfassenden Schutzes von Menschen- (das heißt in unserem Falle vor allem Arbeitnehmer-) Rechten einen Dissens anzumelden.

Völlig zu Recht weist Tobias Schwab darauf hin, wie eifrig die EU den Treiber gibt, nicht den Bremsen: Kommt es zu dem gewünschten Investitionsschutzgerichtshof, dann haben wir eine durch internationales Recht privilegierte gesellschaftliche Klasse, mächtiger noch als einst der „nur“ durch einzelstaatliche Normensetzung privilegierte Adel vor den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts. Fehlen dann noch wirksame Garantien der Menschenrechte und der ökologischen Grundlagen des Lebens, ist diese global herrschende Klasse zu nichts mehr verpflichtet.

Jürgen Kasiske, Hamburg

Diskussion: frblog.de/bindingtreaty

desweit aus der Forstnutzung herausgenommen werden.

Es wäre schön, wenn die Grünen nicht nur „theoretische“ Absichtserklärungen zum Besten geben, sondern in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die erklärten Ziele auch in die Praxis umsetzen würden. Hessen als laubwaldreichstes Bundesland könnte mit gutem Beispiel vorangehen!
Norbert Panek, Korbach